

Banken brachten die Krise nach Europa

Deutsche und französische Banken haben die Schuldenprobleme der europäischen Krisenstaaten mitverursacht, so eine Analyse des IMK.* Zwei Dinge sind nötig, um die Krise zu beenden: die Abkehr von der übermäßigen Sparpolitik und die Stabilisierung der Märkte für Staatsanleihen.

Die größten Gläubiger von Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien waren bis zum Ausbruch der Eurokrise französische und deutsche Investoren, besonders Banken, so Fabian Lindner. Der Forscher des IMK hat unter anderem Daten zu den Auslandsforderungen von Kreditinstituten ausgewertet, die die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) veröffentlicht. Sie erlauben, die Rolle der Banken beim Ausbruch der Krise im Euroraum nachzuzeichnen: Im Zuge der Krise des US-Hypothekenmarktes ab 2007 erlitten deutsche und französische Geldinstitute hohe Verluste. Um wieder Eigenkapital aufzubauen, kündigten sie unter anderem Kredite an die heutigen Krisenländer. „Die Subprime-Krise hat somit über die Reaktion der Banken ganz wesentlich zur Eurokrise beigetragen“, fasst Lindner zusammen.

Die Subprime-Krise ... Vor der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hielten Geldinstitute aus Frankreich und Deutschland fast ein Viertel der von der BIZ erfassten Bankforderungen gegenüber den USA. Noch stärker engagiert waren nur Banken aus Großbritannien und der Schweiz. Insgesamt hatten europäische Banken besonders häufig über gering regulierte außerbilanzielle Zweckgesellschaften verbriefte US-Hypotheken gekauft. Solche „Schattenbanken“ müssen nur ein geringes Eigenkapital halten, haben also einen hohen Verschuldungsgrad. Darüber hinaus sind ihre Schulden meist kurzfristiger Natur, müssen also in kurzen Abständen refinanziert werden.

Bereits im August 2007 fror die französische Bank BNP Paribas zwei Fonds ein, die im US-Hypothekenmarkt engagiert waren. Auch andere Banken, die auf Produkte auf Basis von US-Immobilien gesetzt hatten, bekamen zunehmend Probleme, sich auf den privaten Finanzmärkten frisches Geld zu

beschaffen. Die zweite Bank nach Lehman Brothers, die der Subprime-Krise zum Opfer fiel, war eine deutsche: die IKB, die viel mit US-Hypothekenverbriefungen gehandelt hatte. Vom August 2007 bis zum August 2008 entfielen elf Prozent der weltweiten Abschreibungen von Banken aufgrund der Subprime-Krise auf deutsche Institute. Diese Größenordnung entspricht dem Anteil, den Banken aus Deutschland an allen Forderungen gegenüber den USA hatten.

... wird zur Eurokrise. Mitte 2008 waren französische und deutsche Geldinstitute auch die größten ausländischen Gläubiger der späteren Krisenländer – und zwar nicht nur der Staaten, sondern auch der Privatsektoren in den Ländern: Bei ihnen lagen 60 Prozent dieser Bankforderungen gegenüber Italien, 45 Prozent gegenüber Spanien, 42 Prozent gegenüber Griechenland, 37 Prozent gegenüber Irland und 33 Prozent gegenüber Portugal. Die EU-Kommission verlangte nun 2009 von allen Banken, die sich aufgrund hoher Verluste wegen der Subprime-Krise von den Staatsregierungen hatten retten lassen müssen, die Reduzierung ihrer Kreditvergabe.

In Deutschland bauten die international agierenden Banken daraufhin vor allem Auslandsforderungen ab, sie kündigten also Kredite oder ließen diese auslaufen. Neben Staatsanleihen waren das vor allem die so genannten Interbankkredite. Diese vergeben Banken untereinander, um sich gegenseitig mit Liquidität zu versorgen. Zwischen dem 2. Quartal 2008 und dem 4. Quartal 2012 – dem letzten Quartal, für das Daten vorliegen – haben die von der BIZ befragten Banken ihre Forderungen gegenüber den Krisenländern um 42 Prozent reduziert und diesen Ländern damit massive Finanzierungsprobleme beschert. Die Hälfte des gestrichenen Kreditvolumens geht auf das Konto französischer und deutscher Institute. „So hat sich die Krise der Banken zur Euroraumkrise ausgeweitet“, schreibt der IMK-Forscher.

In den südeuropäischen Ländern habe sich der Rückzug der Banken als „Sudden Stop“ ausgewirkt, eine Art Vollbremsung bei der Finanzierung, so Lindner. Sie traf einheimische Geldinstitute und Produktionsunternehmen, vor allem aber die Regierungen. Denn die hatten infolge der Krise einen erhöhten Finanzbedarf – unter anderem, um den Finanzsektor zu stabilisieren. Sie fanden aber nun deutlich weniger Käufer für ihre Staatsanleihen. Krisenverschärfend wirkten dabei die politischen Rahmenbedingungen, zeigt die Analyse des IMK-Wissenschaftlers:

Geld-Entzug

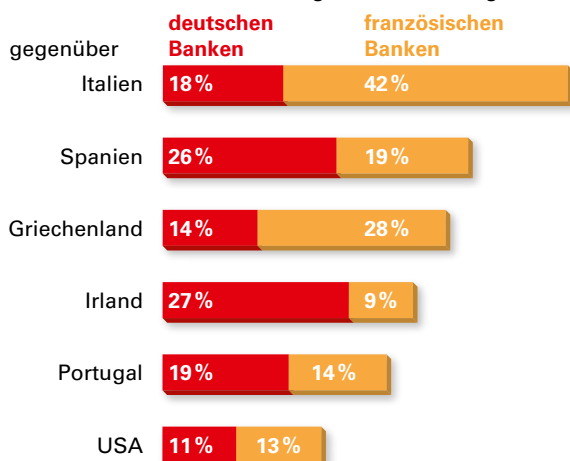
Seit Mitte 2008* reduzierten ausländische Banken ihre Forderungen gegenüber den EU-Krisenländern um ...

42 %

* zwischen dem 2. Quartal 2008 und dem 4. Quartal 2012; Quelle: Lindner 2013
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

In großem Stil im Ausland engagiert

Im zweiten Quartal 2008 betrugen die Forderungen* von



* gemessen an allen ausländischen Forderungen; Quelle: Lindner 2013
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

Basel II. Die Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht – kurz: Basel II – müssen europäische Banken seit 2007 anwenden. Seitdem bemisst sich das Eigenkapital, mit dem eine Bank eine Kreditvergabe unterlegen muss, nach dem laufend zu aktualisierenden Risiko. Basel II wirkt damit stark prozyklisch: Im Aufschwung ist eine Kreditvergabe weitaus leichter möglich als im Abschwung, weil das Ausfallrisiko in einer Rezession zunimmt.

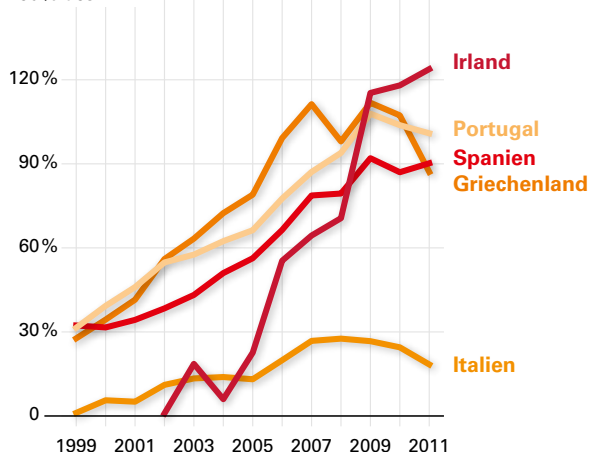
Die Architektur des Euroraums. Aufgrund der so genannten Nicht-Beistandsklausel in den Europäischen Verträgen haften Euroländer untereinander nicht für ihre Schulden. Darüber hinaus ist der Europäischen Zentralbank der Kauf von Staatsanleihen verboten. „Gläubiger haben in der Krise erfahren, dass ein Land ohne Kontrolle über die eigene Währung pleitegehen kann“, erläutert Lindner. Verlangen sie ihr Geld nicht rechtzeitig zurück, laufen sie Gefahr, auf ihren Forderungen sitzen zu bleiben – so geschehen in Griechenland. Um dann nicht selbst pleitezugehen, müssen sie ihre Forderungen schnell verringern.

Normalerweise bilden Staatsanleihen den sicheren Anker für jedes Finanzsystem – allerdings nicht, wenn die Möglichkeit der Staatsinsolvenz besteht. „Für eine Lösung der Krise braucht es ein klares Bekenntnis, dass es nicht zu weiteren Abschreibungen auf Staatsanleihen kommt“ und dass die ungesunde Sparpolitik aufgegeben werde, empfiehlt der Wissenschaftler. Denn die Sparanstrengungen belasten auch die Banken durch immer mehr Privat- und Unternehmensinsolvenzen in den Krisenländern infolge des starken Wachstumseinbruchs. Nach der Stabilisierung sowohl des Marktes

für Staatsanleihen – hier könnte die EZB als „lender of last resort“ agieren – als auch der Realwirtschaft spricht Lindner sich für eine härtere Bankenregulierung aus, um zukünftigen Kreditblasen vorzubeugen. ◀

Wachsende Schuldenberge

Die Auslandsverbindlichkeiten betrugen in ...
150 % des BIP



Quelle: Lindner 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: Fabian Lindner: Banken treiben Eurokrise, IMK Report 82, Juni 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

UMWELT

Weniger Wochenstunden, weniger CO₂

Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen effizientere Produktionstechniken zum Einsatz kommen. Doch das allein wird kaum reichen. Eine sozial verträgliche Strategie zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs könnten kürzere Arbeitszeiten sein.

Die Europäische Union will den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen drastisch senken, bis 2050 um 80 Prozent oder mehr im Vergleich zum Niveau von 1990. Gemessen am heutigen Emissionsniveau müssten Industrie und Verbraucher in Europa die Emissionen jedes Jahr um rund vier Prozent reduzieren, wenn das EU-Klimaziel eingehalten werden soll, wie IMK-Abteilungsleiter Andrew Watt berechnet hat.* Allerdings war der Fortschritt zumindest in der Vergangenheit deutlich langsamer – von 1998 bis 2008 sank der Ausstoß an Treibhausgasen in der EU um insgesamt gerade einmal 4,3 Prozent. Gelingt es nicht, den ressourcenschonenden technischen Fortschritt „bedeutend und dauerhaft zu beschleunigen“, so Watt, führt längerfristig kein Weg an einem langsameren Produktionswachstum vorbei.

Das hätte jedoch gravierende soziale Folgen. Bei weiter steigender Produktivität kostet eine Drosselung der Produktion ohne weitere Regulierung Jobs. Soll das Beschäftigungsniveau dagegen aufrechterhalten werden, bleibt nach Watt nur eine Möglichkeit: kollektive Arbeitszeitverkürzung. Statt mehr zu arbeiten, um mehr zu verdienen, hieße die Parole eher: weniger arbeiten, um weniger die Umwelt zu belasten. Wie stark die Wochenarbeitszeit bis 2050 zurückgehen muss-

te, um den CO₂-Ausstoß wie geplant herunterzufahren, ist schwer vorherzusagen. Allerdings lassen sich verschiedene Szenarien bestimmen. Watt hat eine Beispielrechnung für den Extremfall angestellt: Wenn sich das Tempo der Effizienzverbesserung in den kommenden Jahrzehnten überhaupt nicht erhöhen sollte, müsste die Wochenarbeitszeit in Europa auf nur gut 10 Stunden sinken, um sowohl Klimakatastrophe als auch Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Würde sich die Rate der jährlichen Energieeinsparung verdoppeln, ließen sich beide Ziele bereits mit einer um 6,5 Stunden verkürzten Arbeitswoche erreichen.

Allerdings müssten die Effizienzsteigerungen beziehungsweise Arbeitszeitverkürzungen Watt zufolge um einiges höher sein, wenn ein weiterer Aspekt berücksichtigt wird: Verlagerungen von energieintensiver Produktion ins Ausland dürfen nicht als Klimaerfolg gewertet werden. In jedem Fall müssten aber Verteilungsfragen gelöst werden, so der Ökonom. Denn weniger Einkommen und mehr Freizeit sei für viele gut Verdienende wohl eine akzeptable Aussicht, aber nicht für Geringverdiener. ◀

* Quelle: A. Watt: Work less to pollute less?, ETUI Working Paper 8/2012
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)